

## **Antrag**

**der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Dr. Valerie Wilms, Nicole Maisch, Harald Ebner, Uwe Kekeritz, Claudia Roth (Augsburg), Annalena Baerbock, Matthias Gastel, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Peter Meiwald, Omid Nouripour, Dr. Frithjof Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Jürgen Trittin, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **UN-Nachhaltigkeitsziel 2 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Den Hunger beenden, Ernährungssouveränität und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Gipfeljahr 2015 haben wir die Chance, einen echten Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. In einer Zeit, in der weltweit Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hängen Hunger, gewaltsame Konflikte, Verlust der Biodiversität, Klimakrise, Armuts- und Ressourcenkrisen eng zusammen, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander erreichen. Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir endlich die Chance für eine nachhaltige und gute Zukunft für alle nutzen wollen.

Eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz können global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland ist von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und hat zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung braucht. Zudem muss die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

### UN-Nachhaltigkeitsziel 2 in Deutschland umsetzen

Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2015 seinen Beitrag dazu zu leisten, dass der Hunger in der Welt beendet wird. Diesem Auftrag ist die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren nicht nachgekommen. Statt eine umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft zu fördern, setzt sie auf Subventionen für große Betriebe. Statt dafür zu sorgen, dass wir in Deutschland mit den vorhandenen Ressourcen auskömmlich wirtschaften, treibt die Bundesregierung eine Landwirtschaft voran, die nicht ohne Hilfsmittel wie Pestizide und Antibiotika auskommt, auf wenige Hochleistungsrassen und -sorten setzt und Raubbau an Böden betreibt. Diese falsche Agrarpolitik hat unsere Landwirtschaft von enormen, meist gentechnisch veränderten Futtermittelimporten aus anderen Teilen der Welt abhängig gemacht und dort zur Verschlechterung der Ernährungssituation beigetragen. Statt gesunde Ernährung und die VerbraucherInnen in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen, macht sie Politik für industrielle Agrarwirtschaft und Lebensmittelkonzerne. In Verbindung mit unfairen Handelsabkommen überschwemmt diese Politik Entwicklungsländer mit billigen Lebensmitteln, verhindert den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und zerstört lokale Märkte sowie landwirtschaftliche Strukturen, statt eine weitgehende Ernährungssouveränität der Länder und ökonomische Unabhängigkeit der dortigen Landwirte zu sichern.

Um das UN-Nachhaltigkeitsziel 2 zu erreichen, ist ein Aufbruch zu einer grünen Landwirtschaft notwendig, die mit den eigenen Ressourcen wohlüberlegt arbeitet, Tiere würdig und Böden pfleglich behandelt, Bauern und Bäuerinnen über faire Preise ein Auskommen und Wertschätzung sichert und die Ernährungssouveränität anderer Länder unterstützt.

### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. für eine artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft diese wieder an die Fläche zu binden, um die Abhängigkeit von Futtermittelimporten und den Überschuss an Gülle zu reduzieren. Die Bundesregierung muss außerdem die Tierhaltungsvorschriften so verbessern, dass Nutztiere nicht unter den Haltungsbedingungen und Qualzucht leiden und Antibiotika nur mehr zur Behandlung im Einzelfall benötigen;
2. eine umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft und eine betriebliche Vielfalt zu fördern, indem die EU-Agrarsubventionen umgeschichtet werden. Die Bundesregierung muss zudem die nationale Förderung des Ökolandbaus erhöhen, unter anderem, indem sie die Forschungsmittel in diesem Bereich deutlich erhöht;
3. die Vielfalt an Sorten und Rassen zu sichern und sich konsequent für eine gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft sowie für eine GVO-Kennzeichnung tierischer Lebensmittel einzusetzen, die unter Einsatz von GVO-Futtermitteln erzeugt wurden;
4. das Menschenrecht auf Nahrung in den Mittelpunkt des Kampfes gegen Hunger und Mangelernährung zu stellen und sich dem Ziel der Ernährungssouveränität zu verpflichten, indem sie über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Entwicklungsländern fördert;
5. den Zugang zu gutem Essen in das Zentrum der Ernährungspolitik zu stellen und sich für den flächendeckenden Ausbau einer gesunden Kita- und Schulerkennung und mehr Ernährungsbildung einzusetzen. Die Bundesregierung muss außerdem zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung gemeinsam mit den beteiligten Akteuren verbindliche Reduktionsziele festlegen.

Berlin, den 22. September 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**